

Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“ des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
(40. - öffentliche - Sitzung am 25. April 2017)

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Machbarkeit des Bunkerns von Flüssiggasen in niedersächsischen Häfen

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Auf Antrag der Fraktion der CDU beschloss der Unterausschuss, sich in einer der beiden Sitzungen im August durch die Landesregierung über die Ergebnisse der LNG-Potenzialanalyse, in der Möglichkeiten für den Aufbau einer Flüssiggas-Versorgungsinfrastruktur an der deutschen Nordseeküste untersucht und potenzielle Standorte miteinander verglichen werden sollen, unterrichten zu lassen. Außerdem kam der Unterausschuss überein, bei der Gelegenheit auch eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den Stand der Umstellung von Schiffen des Landes Niedersachsen auf LNG-Betrieb bzw. entsprechende Pläne unterrichten zu lassen. Der Sprecher der Fraktion der SPD kündigte die Einbringung eines Antrages der Koalitionsfraktionen an, in der die Bundesregierung aufgefordert werden soll, die LNG-Förderrichtlinie zeitnah in Kraft treten zu lassen.

2. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Investitionsstrategien des Landes Niedersachsen und der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG für die Seehäfen im Jahr 2017 sowie die Geschäftsentwicklung im Jahr 2016

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er vereinbarte, sich in der Sitzung am 6. Juni 2017 durch die Landesregierung über die Perspektivpapiere zu den Häfen Emden, Norddeich und Wilhelmshaven unterrichten zu lassen.

3. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Geschäftssituation der Firma Elb-Link Reederei GmbH

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. Unterrichtung durch die Landesregierung über die 10. Nationale Maritime Konferenz am 4. April 2017

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. Ehrenamt schützen und unterstützen - Seediensstauglichkeitszeugnis für ehrenamtliche Seeleute auf Traditionsschiffen darf nicht zwangsweise eingeführt werden!

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/7672](#)

Der Unterausschuss nahm die Mitberatung auf. Er kam überein, sich in der Sitzung am 6. Juni 2017 durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unterrichten zu lassen.

6. **Besprechung von Terminangelegenheiten:**

Der Unterausschuss vereinbarte, dass sich die hafenpolitischen Sprecher bis zur Sitzung am 6. Juni 2017 für das Gespräch über das Emsästuar mit Vertretern aus den Niederlanden und Firmen über Themen und Terminvorschläge verständigen.

Er kam überein, möglichst zeitnah einen Sachstandsbericht durch die Landesregierung zum Ausbau der Mittelweser entgegenzunehmen.